

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: W. G. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000

Verleger: W. G. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000

Redaktion: W. G. Schmidt, Dresden, Postfach 10000, Telefon 10000

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Scharfer Druck auf Deutschland in Basel

Die deutschen Vorschläge angeblich ungenügend

Kampf um die Markguthaben

Basel, 18. August. Die Unterzeichnung des Berichtes der Finanzsachverständigen vollzieht sich nicht so glatt, wie anfänglich angenommen wurde. Die Redigierung des Berichtes und der Entschlüsse, ansehbare auf der Grundlage, daß eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage und der internationalen Schuldfrage erfolgen werde, macht anscheinend noch gewisse Schwierigkeiten. Die Stillhalteverhandlungen sind ebenfalls noch im Gange, und zwar wegen der Frage der ausländischen Markguthaben. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat neue Vorschläge gemacht, über die sowohl Montag von 23 Uhr bis Mitternacht, wie den ganzen Dienstag über verhandelt wurde.

Telephongespräche, Telegramme nach den verschiedensten Richtungen wechseln fortwährend ab. Eine Klärung nach der andern wird in Berlin bei der Reichsregierung, bei der Reichsbank usw. gehalten.

Deutschland kann nicht die Forderungen der ausländischen Bankiers erfüllen, die Sperre über die Markguthaben gänzlich freizugeben.

Ein Vermittlungsvorschlag geht dahin, wenigstens einen gewissen Prozentsatz frei zu geben, und zwar von einem gewissen Zeitpunkt an. Von allen Seiten werden Anstrengungen gemacht, das Abkommen unter Druck und Zwang zu bringen. Die Finanzsachverständigen bemühen sich um die Vermittlung. Falls es unmöglich ist, in der ausländischen Markguthabenfrage eine Lösung zu finden, soll der Vignanausschuss hierüber in seinem Bericht eine besondere Empfehlung befassen.

Die von Deutschland gemachten Vorschläge wurden sowohl vom Stillhalteausschuss wie auch vom Vignanausschuss für ungenügend erklärt.

Die Finanzsachverständigen sind von der ursprünglichen Ansicht, diese Frage in dem Abkommen offen zu lassen, wieder abgewandert. Sie wünschen, wie erklärt wird, daß das Stillhalteabkommen auch die Frage der Markguthaben regelt. Andernfalls drohen sie, die gesamten Stillhalteabmachungen scheitern zu lassen. Auch die Verabschiedung und Unterzeichnung des Berichtes des Vignanausschusses soll mit dieser von Deutschland verlangten Anerkennung der Wünsche bezüglich der Markguthaben stehen und fallen.

Die deutsche Abordnung setzte sich sofort telephonisch mit Berlin in Verbindung, um neue Anweisungen zu erbitten.

Die Sitzung der Stillhaltebelegierten bei der BIZ wird um 21 Uhr wieder ausgenommen, ebenso die der

Finanzsachverständigen. Bald darauf steht man aber die Belegierten wieder im Sitzungssaal in Gruppen beisammen, sehen oder draußen auf dem Korridor wandeln,

während Dr. Melchior fortwährend mit dem in Berlin zusammengetretenen Kabinett telephonisch verhandelt.

Ein deutscher Delegierter erklärt, es liege ein Kompromißvorschlag Dr. Luthers vor, und es bestehe Hoffnung, daß er angenommen werde. Um 23 Uhr erhebt Dr. Melchior wieder im Saal. Die Delegierten versammeln sich um ihn herum, um seinen Bericht anzuhören. Bald darauf steht man ihn im Gespräch mit dem Schweizer Delegierten Bindschedler und mit dem Franzosen Moreau. Letzterer bespricht sich dann mit dem zweiten französischen Delegierten. Um 23,15 Uhr begibt sich Dr. Melchior wieder zu neuen Telefonatsprächen in die oberen Büroräume, und die Sitzung wird wieder auf einige Zeit unterbrochen. Zur Stunde — um 23,30 Uhr — hat sie noch nicht wieder begonnen. Wie von deutscher Seite berichtet wird, ist die Einigung aber auf dem Marße. In der Frage der ausländischen Markguthaben seien nur noch einige Nebenpunkte zu regeln. Sobald die Stillhaltebankiers das Abkommen vollzogen haben werden, wird auch die Unterzeichnung des Kapitonsberichtes der Finanzsachverständigen stattfinden können. Man erwartet, daß dies am Mittwoch früh gegen 2 Uhr der Fall sein wird. Die Veröffentlichung des Berichtes durch die BIZ soll dann unmittelbar darauf erfolgen.

Die ergänzend über den Bericht der Sachverständigenausschusses mitgeteilt wird, enthalten keine Entschlüsse, wie bereits angedeutet, für Deutschland eine Reihe schwerwiegender und einschneidender Schlußfolgerungen, die nicht nur in die gesamte Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden eingreifen, sondern auch in die Lebenshaltung des einzelnen Deutschen. Auch bezüglich des deutschen Außenhandels macht der Bericht einschneidende Angaben und erhebt verschiedene Forderungen. Ein Vergleich mit den Forderungen Parker Gilberts drängt sich unwillkürlich auf. Die deutschen Delegierten haben wohl verschiedentlich gewisse Milderungen bei der Abfassung des Berichtes erreicht, aber die grundlegenden Meinungen der ausländischen Bankiers über das, was dem deutschen Volke noch möglich ist, nicht ändern können.

Gewiß haben die ausländischen Bankiers eine seine Beobachtungsabgabe für das, was über ihre Konten läuft und was sich auf den einzelnen Finanzmärkten abspielt, aber über das, was das deutsche Volk seit dem Kriege und von Jahr zu Jahr unter steigenden Entbehrungen und Verlusten seiner wirtschaftlichen Existenz erlitten hat — es sei nur an die vielen Selbstmorde aus Nahrungsmangel erinnert —, weh man am armen Tisch in Basel nicht. Es dürfte interessant sein, welche Vorschläge der Bericht des Vignanausschusses zur Lösung der ungeheuren Arbeitslosenfrage macht, unter der ja nicht nur Deutschland, sondern auch England und Amerika stark leiden.

Das Ergebnis von Basel

Wollte sie schon viel zu lange dauerten — seit dem Abschluß der Londoner Konferenz — haben sich die Verhandlungen über das internationale Stillhalteabkommen zu Gunsten Deutschlands am Rande der Ereignisse abgelebt. Trotzdem ist das nun endlich vorliegende Ergebnis von größter Wichtigkeit für die Weiterentwicklung der Dinge in Deutschland; denn es handelt sich um das Schicksal der fünf oder sechs Milliarden kurzfristiger Kredite, die nach der Katastrophe vom 12. Juli durch die Devisenkontrolle zwangsweise festgehalten worden sind, und deren überfälliger Abzug alle Bemühungen deutscher Selbsthilfe zunichte machen könnte.

London brachte bekanntlich als einziges positives Ergebnis das grundsätzliche Übereinkommen der Gläubiger, daß dieser Bestand von Krediten durch Einzelverhandlungen zwischen den interessierten Bankengruppen besichtigt werden solle. Dann erst, wenn das Loos in der Waage ausgestopft sei, so daß das Wasser nicht mehr ablaufen könne, meinte damals der amerikanische Staatssekretär Stimson, habe man die Möglichkeit, die andere Frage zu erörtern, ob es ratsam sei, neues Wasser zuzugießen. Daß die Regelung einer so komplizierten finanziellen Frage nicht aus dem Kerkeln geschüttelt werden konnte, war begreiflich. Handelte es sich doch um Kredite, die auf verschiedenen Wegen und unter sehr verschiedenen Bedingungen nach Deutschland gekommen waren. Alle diese Forderungen mußten erst nach einheitlichen Gesichtspunkten gruppiert werden, um eine brauchbare Verhandlungsbasis zu schaffen. Gleichwohl zog sich das Verhandlungsstempo über Gebühr in die Länge, weil die einzelnen Gläubiger immer neue Bedingungen stellten, und schließlich den Zweck ihrer Beratungen so weit vergaßen, daß sie aus der deutschen Not noch Geschäfte herauszuschlagen versuchten. Am schnellsten kam man in diesem Falle noch mit den Franzosen zur Einigung, weil ihre direkten Anlagen in Deutschland geringfügig sind. Auch die englischen und die amerikanischen Banken bereiteten, dem Wunsch ihrer Regierungen entsprechend, keine allzu großen Schwierigkeiten. Die traurigste Rolle spielten diesmal die „Neutralen“ in der Schweiz und in Holland. Sie hatten an dem Geschäft gerne verdient, solange es glatt ging und die Möglichkeit bestand, in Paris Gelder zu drei Prozent auszunehmen und sie zu acht und neun Prozent nach Deutschland weiterzugeben. Als aber die Schwierigkeiten auftraten, haben sie sich am längsten dagegen gekämpft, ihre eigenen Interessen dem Gesamtinteresse der Weltwirtschaft unterzuordnen. Allerdings muß man gerechterweise anerkennen, daß es sich um Beträge handelt, die für die Wirtschaft dieser kleinen Länder eine beträchtliche Rolle spielen.

Zum Verständnis des jetzt erreichten Ergebnisses ist es notwendig, den ziemlich wirren Verlauf der Verhandlungen kurz zu überblicken. Auf Grund der Londoner Empfehlungen bildeten sich in den Gläubigerstaaten Bankkommissionen, die mit einem deutschen Bankkomitee in Einzelverhandlungen eintraten. Ende Juni kam es in Berlin zunächst mit den angelsächsischen Partnern zu einem Vorabkommen, das aber in London und New York nicht ohne weiteres angenommen wurde. Nach längerem Hin und Her unterbreiteten sie den Deutschen Gegenanschläge, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß die Kredite nur auf drei statt auf sechs Monate verlängert werden sollten. Die Amerikaner krediten außerdem eine doppelte Sicherung an, indem sie außer den Banken auch die Industrieunternehmen, welche die Kredite erhalten hatten, in die Bürgschaft miteinbezogen wissen wollten. Dann meldeten sich die Holländer, die in der Zinsfrage unerlässliche Forderungen stellten, und die Schweizer, die für ihre in Deutschland befindlichen Markguthaben Verfügungsfreiheit verlangten. Um die Ausräumung dieser Hindernisse bemühte sich als Beauftragter der deutschen Banken Direktor Schlieper von der Deutschen Bank, aber die Verhandlungen kamen nicht recht vom Fleck. Neuen Anstoß gab erst die Einladung der in London versammelten Bankkommissionen nach Basel, wo inzwischen das von der Londoner Konferenz eingesetzte Sachverständigenkomitee bei der BIZ zusammengetreten war. Dieser Ausschuss sollte nach den Londoner Beschlüssen prüfen, wie die in Deutschland angelegten kurzfristigen Kredite in langfristige umgewandelt werden können, und in welchem Umfang es möglich ist, darüber hinaus zusätzliche zur Verfügung zu stellen. Aber die Inangriffnahme dieser Aufgabe war natürlich unmöglich, solange sich die vorbereitenden Stillhalteverhandlungen noch in der Schwebe befanden. Daher lebte der Amerikaner Vignani als Präsident des BIZ-Ausschusses die Bankvertreter unter den Druck seiner von Hoover und der Wallstreet abgeleiteten Autorität und förderte den Abschluß, dessen Einzelheiten im sogenannten Kapitonsbericht mitgeteilt worden sind.

In den Hauptpunkten entspricht dieses Ergebnis dem Inhalt des Berliner Abkommens und nähert sich damit den

Ein Schritt der kleinen Länder in Berlin

Ministerkonferenz in Oldenburg

Oldenburg, 18. August. Am Dienstag fand im oldenburgischen Staatsministerium eine Besprechung der Völkerverminister der mittel- und norddeutschen Länder statt, die sich in der Hauptsache mit der finanziellen Lage befaßte und von dem oldenburgischen Ministerpräsidenten Casse vorbühnen geleitet wurde. Über die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Die heute in Oldenburg tagende Länderkonferenz, an der die Regierungen der Länder Thüringen, Westfalen, Schwaben, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Strelitz, Lippe und Schaumburg-Lippe teilnahmen, befaßte sich in eingehender Aussprache mit der steigenden finanziellen Notlage, besonders mit der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung der Kassenlage der Länder und Gemeinden, die sofortiger Abhilfe bedarf. Da die Länder nach übermäßigen Einsparungen bei allen sachlichen Ausgaben nicht glauben, auf diesem Gebiete weitere Ersparnisse machen zu können,

wurde eine Abordnung beauftragt, der Reichsregierung den hohen Ernst der Lage darzutun und auf sofortige Maßnahmen des Reiches zur Erleichterung der Lage der Länder zu bringen.

Es soll hierbei ganz besonders die Aufmerksamkeit des Reiches darauf gelenkt werden, welchen Bedenken es unterliegt, wenn es den Ländern überlassen wird, von sich aus weitere Verwaltungsmaßnahmen vorzunehmen zu müssen. Als weiter ganz vorwiegend wurde angesehen: die Frage der kurzfristigen Kredite, der Wiederherstellung der Rentabilität der Volkswirtschaft und besonders bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsfrage für die Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.“

Berlin baut überhöhte Gehälter ab

Berlin, 18. August. (Ein. Drahtmeld.) Der Berliner Oberbürgermeister hat sich heute entschlossen, die Gehälter der Berliner Beamten den Sätzen der Reichs- und Staatsbeamten anzugleichen, wie dies der Oberpräsident als staatliche Aufsichtsbehörde vor längerer Zeit schon gefordert hatte. Der Berliner Oberbürgermeister hatte bisher gegen diese Forderung protestiert und ein beim Oberverwaltungsgericht gebildetes Schiedsgericht gegen den Oberpräsidenten angerufen. Daraus hat die Oberpräsident die Zahlung von Gehältern an die Stadt Berlin aus dem durch die Notverordnung vom 5. Juli gebildeten Fonds von 25 Millionen davon abhängig gemacht, daß die Stadt ihren Widerspruch gegen seine Anweisung unverzüglich aufhebe.

Dieser Verzicht auf die Notverordnung hat sich der Berliner Oberbürgermeister nun fügen müssen.

Der Oberbürgermeister hat heute nachmittags in einer Besprechung mit dem Beamtentrat und den Gewerkschaften von seiner Anordnung Kenntnis gegeben und ferner den Führern der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung gemacht.

Der Lombardlauf auf 12 Prozent ermäßigt

Berlin, 18. August. Wie der D.D. hört, ist der Lombardlauf der Reichsbank mit Wirkung vom 18. August ab um 2 u. S. auf 12 u. S. ermäßigt worden. Der Diskontsatz ist unverändert mit 10 u. S. beibehalten worden.

Wirtschafts- und Finanznachrichten, Börse, Wetter, Sport, Kultur, etc.